Wien, 14. November 2020

**Medieninformation der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG)**

**Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe: Ersatzkinderbetreuung für systemrelevante Berufe nötig!**

**Die Bundesregierung hat heute, Samstag, den 14. November, die Schließung von Pflichtschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen verfügt. Die BAG warnt vor daraus resultierenden Personalnotständen, die die Versorgungssicherheit im Gesundheits- und Sozialbereich gefährden. Die im Gesetz zu den Sonderbetreuungszeiten vorgesehene Ersatzkinderbetreuung für Eltern in systemrelevanten Berufen sei nun unabdingbar.**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt (BAG), in der die großen Sozialorganisationen Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe zusammenarbeiten, warnt angesichts des von der Bundesregierung am Samstag, 14. November, angekündigten Schließung von Pflichtschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen vor einer **Gefährdung der Versorgungssicherheit im Gesundheits- und Sozialbereich**. Erhebliche Teile der Belegschaften hätten Kinder unter 14 Jahren und sähen sich im Falle fehlender Betreuung gezwungen, **Sonderbetreuungszeiten** in Anspruch zu nehmen. Das würde die durch Quarantänen und Krankenstände ohnehin schon erheblich angespannte Personalsituation massiv verschärfen. Man spricht von drohenden **Personalnotständen**.

Laut BAG müssen nun verbindlich die Maßnahmen greifen, die im einschlägigen Gesetzt betreffend die Sonderbetreuungszeiten vorgesehen sind, um einen solchen Notstand zu vermeiden: Bund und Länder müssten wenigstens **für Eltern in systemrelevanten Berufen** die **Betreuung bzw.** den **Unterricht** für deren Kinder **aufrechterhalten** oder umgehend spezifische **Ersatzlösungen** anbieten. Anderenfalls wäre der Betrieb von mobilen Diensten wie Hauskrankenpflege und Heimhilfe, aber auch von Pflegeheimen und Betreuungseinrichtungen im Behindertenbereich gefährdet. Davon könnten mehrere tausend **chronisch kranke, pflegebedürftige und behinderte Menschen betroffen** sein. Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe appellieren daher unisono an Bund und Länder, entsprechende Lösungen mit sofortiger Wirkung in Stand zu setzen.

www.freiewohlfahrt.at